

Die SVP fragt nach

CHAM Wie viel Kultur braucht es?

An der Gemeindeversammlung vom 14. Dezember 2015 hat der Chamer Gemeindepräsident eine Interpellation zur Anstellung eines Kulturbeauftragten oder den Einsatz einer gemeindlichen Kulturkommission negativ beantwortet. Die SVP Cham unterstützt diesen Entscheid.

PD/LF - Nachdem der Gemeinderat Cham im Dezember 2015 eine Interpellation zur Anstellung eines Kulturbeauftragten oder einer gemeindlichen Kulturkommission negativ beantwortet hatte, meldeten sich verschiedenste Exponenten in den Medien. Sie bezeichneten Cham als Einwohnergemeinde, die ihre Aufgaben in kulturellen Belangen nicht erst nehmen würde und Gefahr laufe, zur kulturellen Einöde zu werden. Die SVP Cham ist hier genteiliger Meinung und stützt die Antwort des Gemeinderates vollumfänglich.

Kulturangebot überzeugt

Die SVP Cham ist überzeugt, dass Chamer Vereine, Organisationen

und Privatleute der Chamer Bevölkerung ein, der Grösse der Gemeinde angepasstes, vielfältiges und ausgewogenes Kulturangebot bieten würden.

Interpellation SVP Cham

Organisatoren und Vereine würden dabei aus der Gemeindekasse mit Pauschalbeträgen, mit projektbezogenen finanziellen Leistungen oder mit Arbeitsleistungen und Räumlichkeiten unterstützt. Das sei der richtige Weg, denn um Leistungen von der Gemeinde zu erhalten, müsse Eigeninitiative gefragt und eine Vorleistung erbracht werden. Die SVP Cham ist der Ansicht, dass es sich lohnt, den Steuerzahlern all diese Leistungen transparent aufzuzeigen. Die SVP Cham fordert daher den Gemeinderat mit ihrer Interpellation auf, diese Aufwendungen für das Jahr 2015 einmal offen darzulegen. Dabei sollen Leistungsempfänger und Leistungsumfang ersichtlich sein. Die Antwort wird an der Gemeindeversammlung vom Juni 2016 erwartet.

Einladung zum Wahlpodium

HÜNENBERG Gemeinderatsergänzungswahl

Am 25. Januar hat die Bevölkerung die Möglichkeit, die Kandidaten für die Gemeinderatsergänzungswahl kennenzulernen.

PD/LF - Die Hünenberger Parteien führen für die Ergänzungswahl des Gemeinderates ein Podium durch. So erhält die Bevölkerung von Hünenberg die Möglichkeit, die Person kennenzulernen, die in Zukunft die Weichen der Gemeinde mitbestimmen wird.

Kandidaten stellen sich vor

Das Podium wird von Rahel Hug, Ressortleiterin Zuger Gemeinden / Freiamt der «Neuen Zuger Zeitung» moderiert. Die Kandidieren-

den sollen erklären, was sie motiviert, im Gemeinderat mitzuwirken, welche Visionen sie für Hünenberg haben und für was sie einstehen.

Direkter Austausch

Kommen Sie vorbei, machen Sie sich selber ein Bild und lernen Sie die Kandidaten kennen. Vier der fünf Kandidaten werden am Anlass anwesend sein. Das Wahlpodium findet am 25. Januar 2016 um 20 Uhr im Aktionsraum der Jugendarbeit Hünenberg, Zentrumsstrasse 14 in Hünenberg statt. Beim anschließenden Apéro können Sie sich direkt mit den Kandidierenden austauschen.



Bild: Alvin Knüsel

Wahlpodium in Hünenberg: Kommen Sie vorbei, machen Sie sich selber ein Bild und lernen Sie die Gemeinderatsergänzungswahl-Kandidaten kennen.

Ja zur Durchsetzungsinitiative

Das Parlament verzögert und verwässert seit Jahren die Umsetzung der Eidgenössischen Volksinitiative «für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)» der SVP. Zur Erinnerung: Die Ausschaffungsinitiative wurde am 28. November 2010 von Volk und

Ständen angenommen. Nur die Durchsetzungsinitiative führt zu einer konsequenten Umsetzung der Ausschaffungsinitiative. Darum stimmen auch Sie am 28. Februar Ja zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative). Beni Riedi, Baar

Zuger Finanzausgleich

GLP Geben und Nehmen als Einheit

Der Kantonsrat hat kürzlich entschieden, im Rahmen des aktuellen Entlastungsprogramms den Zuger Finanzausgleich (ZFA) gerechter auszugestalten, denn dieser hat sich für die Nehmergemeinden zu einem äusserst komfortablen Finanzbeschaffungssystem entwickelt.

Von Daniel Stadlin

Ohne ersichtliche Notwendigkeit generiert der ZFA eine zu hohe Ausgleichssumme, es wird zu viel abgeschöpft und umverteilt. Unter der Projektbezeichnung «ZFA Reform 2018» soll er nun bis Ende 2018 neu konzipiert werden. Dabei erhält das Kürzel ZFA wieder seine ursprüngliche Bedeutung: Zuger Finanz- und Aufgabenreform. Getreu dem Subsidiaritätsprinzip will der Kanton nur noch solche Aufgaben übernehmen, die auf gemeindlicher Ebene nicht erfüllt werden können. Weil sich die Gemeinden aber am kantonalen Entlastungsprogramm beteiligen müssen, wollen diese nun die Aufgabenteilung zwischen Kan-



Bild: z.v.g.

Daniel Stadlin: «Geben und Nehmen bildet eine Einheit, insbesondere im kulturellen oder gesellschaftlichen Bereich.»

ton und Gemeinden grundlegend neu regeln. Dadurch sind auch die gemeindlichen Transferzahlungen neu zu ordnen. Als Stadtzuger ist mir wichtig, dass dabei auch einige wichtige Zentrumslasten der Stadt

Zug berücksichtigt werden. Mir ist bewusst, dass die Abgeltung von solchen Lasten bei den Gemeinden nicht gerade populär ist. Dennoch: Geben und Nehmen bildet eine Einheit, insbesondere im kulturellen oder gesellschaftlichen Bereich. An wichtigen Einrichtungen von gesamtkantonalen Bedeutung, wie dem Theater-Casino, dem Kunsthaus oder der Galvanik sollten sich alle Gemeinden verstärkt beteiligen. Auch eine Beteiligung an den im Sommer anfallenden Sicherheits- und Aufräumkosten entlang der Quaianlagen wäre zu prüfen, werden sie doch von der gesamten kantonalen Bevölkerung intensiv genutzt. Diese Lasten müssten nicht anhand einer komplizierten Formel bis ins letzte Detail berechnet werden. Ein einfacher Pauschalabzug beim Transferbetrag der Stadt würde vollauf genügen. Und zu guter Letzt sollte die Burg Zug als kulturgeschichtliches Museum des Kantons, ohne städtischen Beitrag, endlich als reine kantonale Institution geführt werden.

«Rettet die Perle»

ALG/CSP Nein zum Bebauungsplan Salesianum

In der Stadt Zug wird viel gebaut. Und noch viel mehr ist für die nächsten Jahre geplant. Die Städte Zug und Baar werden mit der Bebauung Unterfeld zusammenwachsen, und es werden viele neue Hochhäuser entstehen. Umso wichtiger ist es darum, jene Gebiete, die als Perlen bezeichnet werden, wirksam zu schützen!

Von Susanne Giger

Für «Bauzonen mit speziellen Vorschriften», zu denen das Salesianum gehört, definiert die Bauordnung eine öffentlich zugängliche Nutzung wie Schulen, Kultur und Wohnen. Für die Perle Salesianum ist in der Neuauflage des Bebauungsplans keine solche zukünftige Nutzung vorgesehen – und das Areal soll mit acht Gebäuden überbaut werden, die keinen Bezug zum geschützten Grundstück haben, aber das historische Ensemble erdrücken. Von einem Papiermuseum im



Bild: z.v.g.

Susanne Giger, ALG/CSP Zug: «Von einem Papiermuseum im geschützten Gebäude ist nicht mehr die Rede.»

geschützten Gebäude ist nicht mehr die Rede. Das ist der Hauptgrund, warum im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug das Behördenreferendum ergriffen wurde und es nun zu einer zweiten Abstimmung kommt. Die Zuger Stimmbürger können nun

entscheiden, wie es mit der Perle Salesianum, die gemäss Bundesrecht zum Inventar der schützenswerten Ortsbilder von nationaler Bedeutung (ISOS) gehört und höchste Schutzwürdigkeit genießt, weitergehen soll. Mit Ihrem Nein zum «Bebauungsplan Salesianum» setzen Sie ein Zeichen für die nachhaltige Entwicklung des Areals mit öffentlich zugänglicher Nutzung und zum Erhalt des national geschützten Ortsbildes. Auch bringen Sie damit zum Ausdruck, dass Ihnen die Identität und eine massvolle Entwicklung unserer Stadt wichtig sind. Die Fraktion Alternative/CSP des Grossen Gemeinderates der Stadt Zug empfiehlt Ihnen aus diesen Gründen ein Nein zum Bebauungsplan Salesianum! Trotz unserer Kritik am Bebauungsplan bedanken wir uns bei den Besitzern, dass sie die geschützten Gebäude der Perle Salesianum als Übergangslösung für die Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung stellen.

Die Durchsetzungsinitiative ist notwendig

Die Durchsetzungsinitiative ist notwendig, damit unsere demokratisch legitimierte Rechtsordnung nicht zusammenbricht. Eine Vorahnung, was auf uns zukommen könnte, wenn es uns nicht gelingt, in unseren staatlichen Strukturen die Rechtsordnung aufrechtzuerhalten, haben wir über Silvester und anfangs Jahr durch die Ereignisse in Köln und Hamburg und weiteren grossen deutschen Städten erlebt. Diese dramatischen Ereignisse müssten bei vielen Bürgern ein Umdenken bewirken und es wieder als Selbstverständlichkeit erscheinen lassen, dass eigentlich die Opfer geschützt werden müssen und

nicht die Täter. Schwere kriminelle Ausländer, welche mehrfach Gewalt ausüben, sich des Mordes oder einer Vergewaltigung schuldig machen, wie z.B. im Juli letzten Jahres in Emmen gehören automatisch ausgeschafft, sowie es auch die Gesetze von Deutschland und Grossbritannien verlangen. Der automatische Gesetzesvollzug ist im Übrigen in der Schweiz nicht so fremd, wie es uns die Gegner der Durchsetzungsinitiative weismachen wollen. So kennen sowohl die 2004 vom Schweizer Souverän angenommene Initiative zur lebenslänglichen Verwahrung von Triebtätern wie auch die 2014 ange-

nommene Pädophileninitiative ähnlich starre und radikale Strafnormen. Zudem werden auch bei Verkehrsdelikten starre Regeln angewendet, die keine Rücksicht auf die effektive Gefährdung und den Grad des persönlichen Verschuldens nehmen. Es ist auch nicht so, dass sich die konsequente Umsetzung der Durchsetzungsinitiative gegen die grossmehrheitlich gesetzestreuenden Ausländer richtet. Sondern sie richtet sich gegen die Minderheit der schwarzen Schafe unter den Ausländern und diese gehören ausgeschafft. Darum stimme ich Ja zur Durchsetzungsinitiative.

Theo Biedermann, Cham